

Archiv

Vorstand des Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

4. AUG. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

7/XX/145

Bonn, den 2. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Völkerverständigung - Europäische Friedensregelung</u> Zur Gedenkstunde der Vertriebenen in Stuttgart Von Willi Jäger	90
3 - 4	<u>Parteiaufmarsch in Israel</u> Vor den Herbstwahlen - Spaltung der Mapai ? Von Gad Radlich, Jerusalem	74
5 - 6	<u>Genfer-Ost-West-Verhandlungen haben noch nicht begonnen</u> Nach einer Woche Abrüstungskonferenz Von Pierre Simonitsch, Genf	72
7	<u>"Berlin gehört zur Bundesrepublik"</u> Auszug aus dem Buch "Brandt-Recor"	29

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 219 01/319 • Redaktion 218 31/32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Völkerverständigung - Europäische Friedensregelung

Zur Gedenkstunde der Vertriebenen in Stuttgart
von Willi Jäger

Zum zwanzigsten Male jährt sich heute der Tag der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens. Vom 17. Juli bis 2. August 1945 konferierten in Potsdam die Vertreter der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens über die "Grundsätze einer gemeinsamen Politik" gegenüber dem besiegten und besetzten Deutschland. Wir wissen heute, daß diese Dreimächtekonferenz bereits der Ausgangspunkt der bestehenden Gegensätze zwischen Ost und West war. Das unmittelbare Ergebnis der Beratungen, das in einem Abkommen fixiert wurde, traf das ganze deutsche Volk schwer, am härtesten jedoch die Bevölkerung im Osten unseres Vaterlandes. Mit der Entscheidung über das Schicksal der deutschen Ostprovinzen wurde die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen sanktioniert. Es wurde zwar eine "Aussiedlung in ordnungsgemäßer und humaner Weise" verlangt, aber die Wirklichkeit war leider anders. Über zwei Millionen Deutsche kamen bei der Vertreibung ums Leben. Jeder Versuch, das Geschehene zu verharmlosen, würde das Unrecht vergrößern. Der Protest kommunistischer Regierungen gegen die vor wenigen Tagen von der Bundespost herausgegebene Sonderbriefmarke "20 Jahre Vertreibung" muß als ein solcher Versuch angesehen werden.

Pläne Stalins wurden durchkreuzt

Die Vertreibungsmaßnahmen der Sowjetunion, der Polen, Tschechen und einiger südosteuropäischer Staaten haben, wie jedes andere tragische Kollektivschicksal, seelische, geistige und auch politische Erschütterungen in zunächst unüberschaubaren Ausmaßen heraufbeschworen. Stets bleibt es bei großen historischen Unrechtshandlungen ein offenes Risiko für die Umwelt, ob sich die betroffenen Menschen in blinder Verzweiflung gegen ein solches Schicksal auflehnen oder ob sie die moralischen Kräfte besitzen, über ihr Schicksal hinauszuwachsen. Im Ringen zwischen Ordnung und Chaos haben sich die Vertriebenen zur Ordnung bekannt und damit einen gefährlichen Plan Stalins durchkreuzt. Sie wurden nicht zum sozialen Sprengkörper im politischen Spannungsfeld Europas. Bereits im Jahre 1950 legten sie ein gläubiges Bekenntnis zu Europa ab. In Kurssaal in Stuttgart-Bad Cannstatt verkündeten sie die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen". In diesem ihren Grundgesetz legten sie Pflichten und Rechte fest. Feierlich proklamierten sie:

"Wir verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Wir werden durch harte, unermüdete Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas."

Die Vertriebenen forderten die Anerkennung und Verwirklichung des Rechtes auf die Heimat sowie eine gerechte und sinnvolle Ver-

Teilung der Lasten des Krieges auf das ganze deutsche Volk. Und sie appellierten an den guten Willen der Völker und Menschen, mitzuwirken, daß aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden werde.

"Akt der moralischen Wiedergeburt unseres Volkes"

Aus Anlaß der fünfzehnten Wiederkehr der Verkündung dieser Magna Charta veranstaltete der Bund der Vertriebenen am letzten Sonntag im historischen Kurssaal in Stuttgart-Bad Cannstatt eine Feierstunde, in deren Mittelpunkt eine Ansprache des Bundespräsidenten stand. Bundespräsident Lübke bekundete seine Verbundenheit mit den Vertriebenen, die er als Streiter für Menschenwürde und Menschenrecht bezeichnete. Er sprach ihnen Anerkennung für ihre Weitsicht aus und rief ihnen, nicht der Resignation zu verfallen, weiter gute Berven zu behalten sowie ein zähes Beharrungsvermögen zu beweisen, wenngleich ihr Verzicht auf Rache und Vergeltung bei den Kommunisten kaum Eindruck gemacht habe. "Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen darf in der Nachkriegsgeschichte ihren Platz beanspruchen als ein Akt der moralischen Wiedergeburt unseres Volkes", sagte anschließend der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. h. c. Wenzel Jaksch. Man müsse die Charta auf dem Hintergrund der Ungeheuerlichkeiten lesen, die auch nach dem 8. Mai 1945 geschehen sind. Die Heimatverbundenheit der Vertriebenen sei kein Nationalismus. Ein im Unglück geläutertes Heimatgefühl führe das Wort. Die Charta vertrete eine konstruktive Rechtsgesinnung, die, über die Konflikte der Vergangenheit hinausgreifend, von der Vision eines geeinten Europas freier und gleichberechtigter Völker diktiert sei. Als Meilenstein auf diesem Wege sei das Jahr 1965 als "Jahr der Menschenrechte" verkündet worden. Jaksch betonte: "Die Völker hinter dem Eisernen Vorhang sollen wissen, daß es uns um die Sicherung allen Heimatrechts geht, um die Wiederherstellung der Freizügigkeit aller Europäer, um eine gesamteuropäische Friedenslösung, die eine neue Epoche der Zusammenarbeit Westeuropas und Osteuropas einleitet".

Versöhnende Worte

Fast zur gleichen Stunde, als in Stuttgart das Bekenntnis der Heimatvertriebenen zu den Grundsätzen ihrer Charta erneuert wurde, fand in München eine Gedenkfeier für die Opfer des Massakers von Aussig statt. Als Repressalie für einen angeblichen Sabotageakt wurden am 30. Juli 1945 mehr als zweitausend deutsche Bürger von Aussig, überwiegend Frauen und Kinder, auf bestialische Weise von tschechischer Miliz umgebracht. Der SPD-Landesvorsitzende Gabert, der in München die Gedenkrede hielt, fand versöhnende Worte. Die Erklärung des Verzichts auf Rache und Vergeltung erhielt bei dieser Trauerfeier besondere Bedeutung.

In München wie in Bad Cannstatt ging es um Völkerverständigung und um eine gesamteuropäische Friedenslösung. Es gilt, wie Bundespräsident Lübke sagte, Mittel und Wege zu suchen, wie das verletzte Menschenrecht wieder hergestellt werden kann. Der Ruf nach Gerechtigkeit und Brüderlichkeit dürfe nicht verhallen.

Parteiernaufmarsch in Israel

Vor den Herbstwahlen - Spaltung der Mapai ?

Von Gad Redlich, Jerusalem

Wie die Bürger der Bundesrepublik gehen die Einwohner von Israel in diesem Herbst zu den Wahlen. Während sich jedoch für das nächste Parlament in Bonn eine Ablösung zugunsten einer unverbrauchten Regierungspartei abzuzeichnen beginnt, stehen in Israel die der SPD vergleichbaren Kräfte vor einer Reihe von hemmenden Problemen. Der Wähler hat sich zwar daran gewöhnt, daß es die links stehenden Kräfte im Land noch nicht fertiggebracht haben, sich zu einer Partei zusammenzuschließen; weitaus problematischer erscheint es jedoch, daß die seit der Gründung des Staates stärkste Partei, die sozialistische Mapai, von inneren Krisen bedroht ist.

Eschkol - Ben Gurion

Es soll hier nicht untersucht werden, wer bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen "rechter" - der seit seiner Amtsübernahme auf einen gemäßigt und ausgeglichenen Kurs steuernde Levi Eschkol oder sein Kontrahent und frühere Regierungschef David Ben Gurion. Dieser große alte Kämpfer und Miterbauer des Staates hat zwar den Bogen der Vorwürfe gegenüber Eschkol von über zehn Jahren zurückliegenden Sicherheitsaffären bis in die heutige Zeit hinein gespannt. Bei allem muß man sich aber fragen, ob es auf die Wähler einen guten Eindruck machen wird, daß Ben Gurion und einige seiner Anhänger einen Weg beschritten haben, der nur um Haarsbreite an einer Spaltung der Partei vorbeigt: sie wollen im Herbst mit einer eigenen Liste kandidieren. Damit sollen dann vor allem viele mapai-treue Bewohner der Pioniersiedlungen zu Schiedsrichtern im innerparteilichen Machtkampf gemacht werden. Die Ansichten, ob der für die eigene Liste gewählte Name "Freunde der Mapai" treffend ist, gehen im Land auseinander. 42 von insgesamt 120 Abgeordnetensitzen stehen auf dem Spiel.

In der gleichen Zeit, in der in der Mapai Gegensätze deutlich geworden sind, konnte von ihr ein Bündnis mit einer anderen sozialistischen Partei, der Achdut Haavoda geschlossen werden. Der dafür gefundene Ausdruck "Me'arach" läßt sich schwer in der eigentlichen Bedeutung ins Deutsche übersetzen. Er weist darauf hin, daß eine endgültige Ver-

schmelzung geplant ist.

Neben Kapai und Achdur Esawoda sind zur Zeit in der israelischen Regierung die streng religiösen Juden des Landes durch "Herafdal" vertreten. Außenpolitisch wenig interessiert, bemühen sie sich, religiöse Ritualgesetze auch im 20. Jahrhundert möglichst unverändert beizubehalten. Reibereien mit den anderen Parteien sind dabei weder bei ihnen, noch von den orthodox-religiösen Oppositionspartei Agudat Israel verpönt.

Nicht in der Koalition, aber in vielen Fragen loyal, sind die sozialistische Mapam und die liberale Partei. Bei Mapam handelt es sich um eine ausschließlich den Arbeitnehmers-Interessen zugewandte Partei, während die Liberalen ihre Wähler aus den Schichten mitteleuropäischer Einwanderer bekommen. Von einzelnen Tagesfragen abgesehen beizubehalten beide die Art der Gründung und den Aufbau Israels.

In scharfer Opposition von zwei verschiedenen Lagern her stehen die kommunistische Partei und die Cherut. Die antizionistisch orientierten Kommunisten übernahmen einhellig bis vor kurzem Propagandathesen des ägyptischen Staatspräsidenten Nasser. Dies brachte ihnen Stimmen aus unzufriedenen Kreisen von in Israel wohnenden Arabern ein. Ein totales Durcheinander entstand, als ein Teil der Partei sich zu einer loyalen Haltung gegenüber dem Staat entschloß. Eine zu einem Kongreß eingeladen Delegation aus Moskau wußte plötzlich nicht wohin, denn der Tagungen gab es plötzlich zwei. Die Zukunft von Israels Kommunisten sieht trotz der gesetzlich verankerten Meinungsfreiheit sehr düster aus.

Fragezeichen

Als durch englische Großmachtspolitik die Grenzen eines zugesicherten jüdischen Nationalstaates zusammenschrumpften, waren die Abgeordneten zwar empört, hielten aber dennoch eine beschleunigte Einwanderung für das wichtigste. Einer Gruppe war das nicht genug. Sie trat aus und gründete einen eigenen Kongreß, der ein Israel auf beiden Seiten des Jordans forderte. Ihnen erschien ebenso die Strategie der bis 1948 illegalen jüdischen Befreiungsarmee als zu weich. Ihre eigene Organisation "Etzel" war bald durch zwar mutige, aber oft umstrittene Kampfweise berühmt-berüchtigt. Aus dieser Reihen kommt die von Jabotinsky gegründete und heute von Menachim Begin geleitete rechtsradikale Cherut. Noch heute fordert sie ein Israel in den Grenzen des biblischen Staates.

Ihre Wähler sind freilich nicht nur radikale Israelis. Viele, die neben Gaskammern und hinter Stacheldraht einen Schock bekamen und zu Massen gelernt haben, wählen die ultra-zionistische Cherut. Ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, ist unmöglich. Zu bedauern wäre es jedoch wenn durch Streitigkeiten im Regierungslager eine Partei an die Macht käme, deren politische Ansichten sich in einigen Fällen dem Niveau von Israels feindlichen Nachbarn zuwenden.

Genfer-Ost-West-Verhandlungen haben noch nicht begonnen

Nach einer Woche Abrüstungskonferenz

Von Pierre Sironitsch, Genf

Nach einer Woche Abrüstungskonferenz sind sich die westlichen Teilnehmerstaaten - die USA, Großbritannien, Italien und Kanada - trotz vorhergehender Diskussion im Nato-Rat noch immer nicht über ihre Verhandlungsposition zum Thema Nichtweitergabesabkommen für Atomwaffen einig. Im Konferenzsaal wiederholten sowohl der sowjetische Delegationschef Zarapkin wie sein amerikanischer Kollege Foster ihre Thesen vom Vorjahr: für den einen sind die MLF-Pläne mit einem Nichtweitergabesabkommen unvereinbar, für den anderen bietet die geplante "Multilateral Force" gerade eine Garantie gegen die Weiterverbreitung von nationalen Atomwaffen im Nato-Raum. Es wäre natürlich reiz, anzunehmen, daß einer der beiden Gegenspieler schon vor dem Eintreten in ernsthafte Verhandlungen von seinem Standpunkt abrücken würde.

Moskau spielt Solo

Die Russen spielen solo mit verdeckter Karten; im Gegensatz zu ihren vorjährigen Gepflogenheiten haben sie diesmal weder die Hauptstädte noch die Abrüstungsdelegationen der Warschauerpaktstaaten ins Vertrauen gezogen. Schwieriger stellt sich die Geheimhaltung für die westlichen Delegationen, da von den laufenden Konsultationen über eine gemeinsame Verhandlungsposition naturgemäß Elemente durchsickern müssen. Zur Auswahl stehen vorläufig zwei Vertragsentwürfe, ein britischer und ein kanadischer, die unabhängig voneinander ausgearbeitet wurden, und von denen einer oder eine Verschmelzung der beiden dem Achtzehnerkomitee vorgelegt werden soll. Die Amerikaner halten sich im Hintergrund. Dafür sieht der deutsche Abrüstungsbevollmächtigte, Botschafter Schnippenkötter, mit großem Eifer "nach den Rechten" - nämlich daß der endgültige Vertragsentwurf nicht einem verschleierten Fallenlassen der MLF gleichkommt.

Der kanadische Vorschlag

Eine Verschmelzung des britischen und des kanadischen Entwurfs erscheint deshalb nicht einfach, weil damit zwei verschiedene Konzeptionen zusammentreffen. Das kanadische Dokument ist ziemlich kompliziert und umfassend. Es erwähnt ausdrücklich die MLF/AMF und bietet der Gegenseite Garantien an, daß ein Mitspracherecht der Teilnehmer-

staaten an der nuklearen Nato-Strategie keine weiteren Finger an den atomaren Drücker bringen würde. Die Kanadier meinen, daß die Russen einen Nichtweitergabevertrag nur bei Einschluß derartiger detaillierter Garantien unterzeichnen würden. (Kanada selbst hat die Teilnahme an der NLF bereits abgelehnt.) Schließlich beinhaltet der Text auch weitreichende Garantien der Großmächte gegenüber den neutralen Nichtatomstaaten - gedacht ist in erster Linie an Indien, Japan und Israel -, falls diese Opfer einer Aggression würden.

Der britische Vorschlag

Der vom britischen Abrüstungsminister Lord Chalfont ausgearbeitete Vertragsentwurf ist betont einfach und betrifft nur das Prinzip der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen als solches. Nach britischer Ansicht müsse man als erstes einen grundsätzlichen Vertrag abschließen; das ganze "Paket" der Nebenprobleme - von denen das sachlich schwierigste die Frage der Garantien für die neutralen Nichtatomstaaten ist - könne anschließend in aller Ruhe diskutiert werden. In seiner Pressekonferenz hat Lord Chalfont jedoch klargemacht - unter Unterstreichung der Notwendigkeit einer atlantischen Reorganisation -, daß sich die Lage Westdeutschlands keineswegs mit der Lage Indiens vergleichen ließe, weil die Bundesrepublik als Mitglied eines Militärbündnisses gegen Aggressionen abgesichert ist.

Komplizierte Situation

Die Ausgangssituation ist also reichlich kompliziert. Die Neutrale verlangen Sicherheitsgarantien für ihren Verzicht auf Atomwaffen; die Ostblockländer wollen ein Mitspracherecht der Bundesrepublik im Rahmen der nuklearen Nato-Verteidigung verhindern, und die westlichen Alliierten versuchen, alle Parteien zufriedenzustellen.

Währenddessen geht die Zeit weiter. "Diese Konferenzsitzung bietet wahrscheinlich die letzte Möglichkeit, eine allgemeine Verbreitung der Atomwaffen zu verhindern", erklärte Lord Chalfont. Der italienische Außenminister Fanfani hat bei seiner Intervention im Sitzungssaal bereits angeregt, im Falle eines Mißerfolges der Konferenz sollten wenigstens die Nichtatomstaaten untereinander einen Vertrag auf eine bestimmte Periode abschließen, während der sie den gegenwärtigen Zustand nicht zu verändern trachten, um Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen. Dieser Vorschlag geht jedoch am Herzen des Problems vorbei.

Trend zur Geheimdiplomatie

Die Chancen für ein Abkommen in letzter Minute stehen aber nicht so schlecht, als es manchmal der Anschein hat. Wohl begrüßten sich die beiden Kopräsidenten Foster und Zorapkin eher frostig. Man darf diesen Äußerlichkeiten jedoch keine zu große Bedeutung zumessen - die Politik gehorcht anderen Gesetzen. Die entscheidenden Verhandlungen werden diesmal nicht im Konferenzsaal stattfinden, sondern hinter den Kulissen. Der neue Trend zurück zur Geheimdiplomatie macht auch vor Genf nicht halt.

"Berlin gehört zur Bundesrepublik"

Auszug aus dem Buch "Brandt-Reden"

"Es bleibt dabei, daß Berlin nach deutschem Recht ein Bundesland mit besonderem Status ist. Der Selbstbehauptungswille seiner Menschen und die Lebensfähigkeit des freien Berlin konnten nicht unterhört werden. Auch nicht durch den Moskauer Vertrag.

Dabei ist es immer die Meinung des Senats gewesen, daß die Bindungen und Verbindungen zwischen dem kleineren und größeren Teil des freien Teils Deutschlands, zwischen West-Berlin und Westdeutschland, so eng werden sollten, wie das möglich ist, ohne die Stellung, die Verantwortung und die Rechte der alliierten Schutzmächte zu gefährden. Für die weitere Festigung der Stellung und der Mitwirkung Berlins im Gefüge der Bundesrepublik gibt es Entwicklungsmöglichkeiten. Hierzu könnte die vereinfachte Übernahme von Bundesrecht gehören, die schon vor einigen Jahren zur Erörterung stand.

Es gibt keine Bemühungen des Senats, die auf eine Schwächung der alliierten Position in Berlin abzielen. Wir wollen es den alliierten Regierungen nicht schwer, sondern leicht machen, jene Schutzaufgaben auszuüben, die sie in unserem eigenen Interesse wahrnehmen.

Die positive Entwicklung des Verhältnisses Bund-Berlin steht hierzu in keinem Widerspruch. Auf diesem Gebiet hat es seit Jahr und Tag Bemühungen des Senats gegeben und wird es sie weiter geben - in Absprache mit unseren alliierten Freunden, wo immer deren Rechte oder Interessen berührt sind.

Ich bestätige unsere Politik der vergangenen Jahre, wenn ich noch einmal feststelle: Das Verhältnis zwischen Berlin und dem größeren Teil des freien Deutschland wird auch in Zukunft in erster Linie eine Sache des politischen Willens der Deutschen selbst sein. Keine Entwicklung der internationalen Politik darf den einfachen Tatbestand verwischen, daß Berlin nach deutschem Recht und nach dem Willen der betroffenen Bevölkerung zur Bundesrepublik Deutschland gehört.

Erklärung vor dem Abgeordnetenhaus, Berlin, 17. September 1964